

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

ersch. wöchentl. 6 mal. / Bezugspreis: Monatl. 1.50 Mk., die Einzelnummer kostet 10 Pf. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung / Postfach-Konto Stuttgart 5768 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11

Nummer 27 | Altensteig, Donnerstag den 2. Februar 1928 | 51. Jahrgang

Zur Lage.

Der innere Zerfall der Regierungskoalition im Reich wird immer deutlicher. Beim Schulgesetz bestehen die zunächst unüberbrückbaren Gegensätze zwischen Zentrum und Deutscher Volkspartei in der Frage der Simultanschule. Nun hat am Dienstag nachmittag im Reichstag das Zentrum einen scharfen Vorstoß gegen die Deutschnationalen unternommen, der allen Parteien überraschend kam. Der Zentrumsabgeordnete Wihla, der oberösterreichische Pfarrer, ritt eine Litanei gegen den deutschnationalen Redner Freitagshöringhoben, der an der Außenpolitik Kritik geübt hat, die sich aber kaum von dem unterscheidet, was sonst in deutschnationalen Blättern über Locarno und Völkerbündnispolitik zu lesen ist. Auch Stresemann machte diesmal keine Silberstreifen und wusch die Reden aller Parteien mit der Mißstimmung und was Unbefriedigtes über die Haltung Frankreichs. Der deutschnationalen Redner tat daselbe nur in etwas härterer Form. Es schien so, als ob das Zentrum die außenpolitischen Fragen benutzen wollte, um die Koalition zu sprengen. Doch haben die neuen Erklärungen des Deutschnationalen Lindner-Wildau, daß sie an den drei wichtigsten Punkten der Außenpolitik, nämlich an der Mitarbeit im Völkerbund, an der Locarnopolitik und an der Verständigung mit Frankreich festhalten, den Sturm gelegt. Wie lange? Die Luft ist aufgerissen. Auch das Zentrum scheint auf eine Koalitionsauflösung hinzudrängen; die tieferen Gründe liegen weißlich in den Verhandlungen des Reichsausschusses der Partei, der am Sonntag zwölf Stunden verhandelte. Ob mit dem neuesten Vorstoß des Zentrums der Riß im Zentrumsturm gestillt ist — die Auseinandersetzung zwischen dem linken und rechten Zentrumssügel ist vor der Öffentlichkeit nur zugebedeckt — wird sich zeigen. Es wird dem Zentrum nicht leicht werden, in den Wirnissen dieser Tage so leicht durchzukommen. Man darf zwar bei der großen Taktik dieser Partei damit rechnen, daß die Einigkeit im Zentrumsturm nach außen gewahrt wird. Aber die Koalition hat nun einen Schlag erlitten, wenn auch der zentriale Vorstoß gegen den Koalitionsbruder der Rechten während der Etatberatung keine Folgerungen nach sich ziehen sollte. Mit der Verabschiedung des Etats scheint das Ende des Reichstages immer näher zu kommen. Es fehlt nicht viel und das Kabinett fällt auseinander.

Das Reichsschulgesetz

Berlin, 2. Febr. Laut „Germania“ hat am Dienstag zwischen Reichszangler Marx und Reichsaußenminister Dr. Stresemann eine Besprechung stattgefunden, deren Gegenstand das Reichsschulgesetz war. Es handelt sich dabei bekanntlich in erster Linie um die Paragraphen 9, 14 und 20. Die zu diesen Paragraphen erhobenen Forderungen sind schriftlich formuliert worden und sollen die Grundlage der weiteren Verhandlungen bilden, die nun innerhalb der Regierung und der Regierungsparteien geführt werden sollen. Sollte die Deutsche Volkspartei auf ihrem im Ausschuss angenommenen Antrag zu Paragraph 20 bestehen und den Forderungen des Zentrums also nicht gerecht werden, so hat die Zentrumsfraktion an weiteren Verhandlungen kein Interesse mehr. Es wird also dann zu einer zweiten Lesung der Vorlage im Ausschuss überhaupt nicht mehr kommen. Wenn aber hier eine für die Zentrumspartei tragbare Verständigung erzielt werden sollte, so werden, die Verhandlungen im Bildungsausschuss selbst wieder aufgenommen werden, wo dann auch versucht werden wird, über die Paragraphen 9 und 14 der Vorlage eine Verständigung zu erzielen.

Paris und die Stresemann-Rede

Außenpolitische Debatte im französischen Senat
Paris, 31. Jan. Der Senat begann die Diskussion über die vorliegenden Interventionen betreffend die Außenpolitik der Regierung. Zunächst sprach der Vorsitzende des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Senator Hubert von der demokratischen Linken. Er erklärte, Europa leide immer noch unter den Folgen des Krieges. Deutschland sehe beharrlich die Bemühungen um seine Wiedererrichtung fort und schmeide wieder seine Rüftung. (O) Erst gestern habe der deutsche Außenminister wichtige Erklärungen abgegeben. Er möchte der Welt zeigen, daß Deutschland sich stets innerhalb des Vertrages gehalten. Stresemann habe erklärt, Deutschland sei abgerüstet, rüste nun auch äußerlich ab! Aber der Friedensvertrag habe ihm ein modernes Heer ausgenommen, ein Cadres-

beer, hinter dem eine ungeheure Industrie liege. Frankreich aber stehe noch in der alten Formel und seine Industrie sei noch in der Periode der Organisation begriffen. Wenn Frankreich nicht abrüstet, so würde es sich einer großen Gefahr aussetzen. Der nächste Redner war der christliche Senator Ecard von der republikanischen Vereinigung, der eine Anklage gegen Deutschland hielt. Er trug alles zusammen, was in den letzten Jahren in der französischen nationalistischen und militäristischen Presse gegen Deutschland, namentlich gegen die Reichswehr, geschrieben worden ist und sucht zu beweisen, daß die von den deutschen Behörden getroffenen Maßnahmen unvereinbar seien mit dem Geiste des Abkommens von Locarno. Er bediente sich bei seinen Ausführungen einer Volkschäre der deutschen Pläne für Menschenrechte, aus der er ganze Seiten vorlas.

In den Wandelungen des Senats wurde erklärt, daß Briand wahrscheinlich erst am kommenden Donnerstag antwortet.

Der radikale Senator Pemo führte aus: Zur gegenwärtigen Stunde gibt es zwei brennende Probleme: 1. Wird Frankreich die Frage der Räumung des linken Rheinufers lösen und wie? 2. Welchen Nutzen wird Frankreich aus dem Vorschlag der Vereinigten Staaten zur Behebung des Krieges ziehen? Reichszangler Marx hat im Reichstage erklärt, die Rheinlandbesetzung stehe im Widerspruch zum Geiste des 20. Jahrhunderts, und nun habe Stresemann ausgeführt, die Wahrung der Besetzung bilde ein unüberwindliches Hindernis für die deutsch-französische Annäherung. Für alle Deutschen wird die Wahrung der Besetzung ein Beweis für den kriegerischen Geist Frankreichs sein. In gewissen Beziehungen, so erklärte Pemo, sei er mit den Deutschen einverstanden. Man muß zwischen der Politik des Zwanges gegen die Deutschen und der Politik der Verständigung mit ihnen wählen. Letztere Politik ist erwählt worden. Sie ist offenbar unvereinbar mit der Beibehaltung unserer Besetzung am Rhein. Wird man, um diese Frage zu regeln, bis 1935 warten, wenn das Rheinland nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages seinen ganzen Wert verloren haben wird? Die Zeit arbeitet in der Räumungsfrage nicht für uns. (Calleux: Sehr laut!) Paul-Boncour hat erklärt, daß die Rheinlandbesetzung ein Hindernis für die dauerhafte Annäherung mit Deutschland ist, aber er will die Räumung nur gegen eine Gegenleistung und zwar durch Schaffung einer entmilitarisierten Zone unter Kontrolle des Völkerbundes. Ist dies die These des Außenministers? Ja selbst bin der Ansicht, daß es gefährlich ist, die Lösung des Problems unserer Sicherheit in einem einfachen eisernen Vorhang zwischen Frankreich und Deutschland zu suchen.

Briand in Verlegenheit?

Paris, 2. Febr. Der Ausschub der Rede Briands über die französische Außenpolitik auf Donnerstag wird zwar halbamtlich mitteilt, daß die Rednerliste im Senat nicht erschöpfend sei, doch acht in den Wandelungen das Gerücht um, daß dieser Ausschub auf die Schwierigkeiten zurückzuführen sei, denen sich Briand im französischen Kabinett nach der Rede Stresemanns gegenüber sieht. Die gesamte Rechtspresse schreibt übereinstimmend, daß Briand durch die Stresemannrede in größte Verlegenheit geraten sei, und daß es sehr schwierig sein werde, eine zugehörige Erwiderung auf die Beweisführung Stresemanns zu finden. Ein zunächst noch fragwürdiges Gerücht behauptet, daß Briand eine neue Beratung der Besatzungsstruppen von 10 000 Mann anbieten werde, so daß die Gesamtstärke auf 50 000 Mann sinke, und daß Dr. Stresemann wahrscheinlich sich mit einer solchen Beratung zufrieden geben werde, weil eine schrittweise Verminderung schließlich Frankreich selbst zu der Ueberzeugung bringen würde, daß die Wahrung der Besetzung mit immer geringer werdenden Kräften zwecklos sei. Die Spannung in parlamentarischen und diplomatischen Kreisen ist sehr groß, da ja zwei große Reden, die Poincarés und Briands, unmittelbar bevorstehen.

Notprogramm des Reichslandbundes

Die Vertreterversammlung des Reichslandbundes in Berlin stellte zur Behebung der Notlage der Landwirtschaft eine Reihe von dramatischer Forderungen auf. Zu diesen gehören auf dem Gebiete der Zoll- und Handelspolitik u. a.: Kein neuer Handelsvertrag mit weiterer Preisgabe des landwirtschaftlichen Schutzes oder mit allgemeiner Reichsbesenklung, keine autonome Derhebung landwirtschaftlicher Zölle, Verbot der Einfuhr solcher Agrarprodukte, die im Inlande hergestellt werden, Verbot der Einfuhr von lebendem Vieh, Kündigung aller die Landwirtschaft schädigenden Handelsverträge und Neugestaltung des Zolltarifs. Als finanzpolitische Maßnahmen werden gefordert: Abkündigung der Auslandskredite, beschleunigte Einleitung von Kreditmaßnahmen zur Umschuldung und Entlastung der landwirtschaftlichen und landwirtschaftsbedingten Betriebe aller Bestandsgrößen, keine Einschränkung des jetzigen Personalkreditvolumens, kein Mißbrauch der Kreditmittel und Kreditorganisationen für politische Ziele, Unterstützung aller Selbsthilfemaßnahmen der Landwirtschaft, Entlastung von allen Schulausgaben, weitere Hilfe für die durch Unwetter geschädigten Landbesitzer und Tarifzuschüsse für kraftunfähige gelegene Gebiete. Auf finanzpolitischem Gebiet wird verlangt: Beseitigung der Rentenbank-Grundschuldsinien, Beseitigung der staatlichen Grundver-

mögenssteuer, Senkung der kommunalen Grundsteuern, keine Nacherhebung der Vermögenssteuer für die Landwirtschaft, Wiedereinführung eines mehrjährigen Durchschnitts bei der Einkommensteuer, keine periodische Grunderwerbsteuer, Anpassung aller Steuerfäße an die Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft, schonende Behandlung gestandener und rückständiger Steuern und Vereinfachung des Kassawesens in Reich, Ländern und Gemeinden. Bezüglich der Sozialpolitik enthält das Programm folgende Forderungen: Rationalisierung der Sozialversicherung, zwecks Erhaltung leistungsfähiger, mit geringsten Kosten arbeitender Versicherungsverträger, systematischer Abbau der Wohnungswirtschaft, sofortige Schaffung einer den Verhältnissen des platten Landes Rechnung tragenden Neugestaltung der Arbeitslosenversicherung, Aufhebung der Ausnahmestimmungen über die Kontingenzierung ausländischer landwirtschaftlicher Saisonarbeiter. Schließlich verlangt das Programm in der Frage von Siedlung und Bodenrecht eine gesunde Siedlungspolitik zur Auffüllung der weniger volkreichen, insbesondere der national gefährdeten Reichsteile, und die Abwehr aller, insbesondere der im preussischen Städtebaugesetz und anderer Landesgesetze enthaltenen Gefahren für Grund und Boden.

Neues vom Tage.

50 000 Mark unterschlagen

Breslau, 1. Febr. Den „Breslauer Neuesten Nachrichten“ wird aus Bries gemeldet: Durch die Zusammenarbeit der Brieger und der Berliner Kriminalpolizei wurde eine umfangreiche Unterschlagung zum Nachteil der Reichsbank aufgedeckt. Der bei der Reichsbanknebenstelle Bries beschäftigt gewesene Reichsbankpraktikant Haselbach verhoffte sich im Sommer vorigen Jahres einen Giroordruch und erwirkte mit Hilfe dieses Bordruckes im Juni die Auszahlung von 50 000 Mark bei der Reichsbank in Beuthen an einen Freund seiner Frau. Dieser Freund ist als Mittäter bereits verhaftet worden.

Sturmjungen im österreichischen Nationalrat

Wien, 1. Febr. In der heutigen Sitzung des Nationalrates, in der über die dringliche Anfrage der Sozialdemokraten wegen ungezügelter Beeinflussung der Genbarmeriesbeamten durch die Behörden in Oberösterreich verhandelt wurde, kam es bei der Erwiderung des Vizelandesmarschalls Hartleb zu seit langem nicht erlebten Sturmjungen. Insbesondere entsetzte die Bemerkung Hartlebs, daß sein Vordere sich in seinen Ausführungen hauptsächlich in Schimpfwörtern ergangen habe und hierbei von seiner Fraktion unterstützt worden sei, einen Entrüstungssturm auf sozialdemokratischer Seite. Sozialistische Abgeordnete kürten darauf gegen den Vizelandesmarschall vor, während Mitglieder der Mehrheitsparteien zu seinem Schutze herbeieilten. Es kam zu einem Handgemenge, in welchem sich die Abgeordneten unter unaufhörlichem Lärm etwa zehn Minuten lang um den Stenographentisch hin und her drängten. Die Sozialdemokraten verstärkten den Tumult, indem sie unter lauten Pfiffrufen taktmäßig mit Händen und harten Gegenständen auf die freie Seite der Ministerbank schlugen und bis ganz nahe an den Bundeskanzler Seipel heranbrachten. Schließlich mußte die Sitzung unterbrochen werden, obwohl sich u. a. auch Bundeskanzler Seipel und der Sozialdemokrat Bauer um die Beruhigung bemüht hatten.

Zur Aufhebung der Militärkontrolle in Oesterreich

London, 1. Febr. In einem Leitartikel gibt „Times“ ihrer Genugtuung über die gestern erfolgte Aufhebung der Besetzung der Militärkontrollkommission in Oesterreich Ausdruck, in der ein Zeichen für die Zunahme des Vertrauens auf Innehaltung der militärischen Klauseln der Friedensverträge zu erblicken sei. Das Blatt kommt dann auf den Zwischenfall von Szent Gotthard zu sprechen und sagt: Soweit bekannt, liegt kein Anzeichen dafür vor, daß dieser Zwischenfall nicht bereinigt war und er erscheint an und für sich kaum wichtig genug, um das Eingreifen einer der Großmächte erforderlich zu machen.

Kommt die Verkehrsanstalt für Luftfahrt nach Stuttgart?

Berlin, 1. Febr. Im Haushaltsausschuss des Reichstages unterstützte bei der Beratung des Verkehrsetats der Abg. Erzing (Ztr.) den Antrag auf Beihilfen für den Bau der Rheinbrücken. Das Angebot Stuttgarts, die Verkehrsanstalt für Luftfahrt dorthin zu verlegen, ersuche er zu erwägen.

Annahme des Freigabegesetzes im Finanzausschuss des amerikanischen Senats.

Washington, 1. Febr. Der Finanzausschuss des Senates hat heute die Bestimmungen der Vorlage über das ehemals feindliche Eigentum betreffend die sofortige Rückgabe von 80 Prozent des deutschen



Eigentums und die Zahlung von 100 Millionen Dollar für die deutschen Schiffe, Patente und Radioanlagen, die während des Krieges beschlagnahmt wurden, angenommen. — Man glaubt in Kongresskreisen daß damit die größten Schwierigkeiten der Vorlage überwunden sind.

Deutscher Reichstag

Annahme des Haushalts des Auswärtigen

Berlin, 1. Februar.

Präsident Ebe eröffnet die Sitzung um 14 Uhr. Die zweite Beratung des Haushalts des Auswärtigen Amtes wird fortgesetzt.

Abg. Stöcker (Komm.) erklärt, die Rede des Abg. v. Freytag-Loringhoven habe bei den Deutschnationalen einen höchlich unangenehmen Eindruck gemacht. Keine Hand des Beifalls habe sich für ihn gerührt. Sie sei ihnen so unangenehm gewesen, daß der Abg. Schulz-Bromberg ostentativ zum Außenminister ging, um ihm die Hand zu drücken und sein Beileid auszusprechen. (Beifall.) Im Grunde seien ja die Deutschnationalen genau so verliebt in die treudeutschen Augen des Außenministers wie die Sozialdemokraten. (Beifall.) Im Auswärtigen Ausschuss lägen die Deutschnationalen in inniger Liebe an den Brüsten Dr. Stresemanns. (Stürmische Beifall.)

Abg. Graf Reventlow (Nat.Soz.) bezeichnet die deutsche Außenpolitik als konsequente Unwahrhaftigkeit dem deutschen Volke gegenüber. Die deutsche Dellenlichkeit sei darüber gestürzt worden, daß mit dem Demoskops die deutsche Souveränität veräußert wurde. Der Redner wendet sich gegen den Abschluß eines Handelsvertrages mit Polen. Ein Ostkarnio dürfte es auch um den Preis einer Räumung des Korridors nicht geben. Das Auswärtige Amt sei geradezu eine Fikale von Briand.

Abg. v. Graefe (Völk.) bezeichnet den Damoskops als Ursache des beginnenden Unterganges der Landwirtschaft und besonders des Bauernstandes. Andere Wirtschaftszweige würden folgen. Dr. Wirth sei von Poincare in Paris gefogt worden, daß in Frankreich seine Partei daran denke, das Rheinland zu räumen. Das Zentrum habe immer Politik mit doppeltem Boden getrieben. Die gestrige Rede habe geklungen wie Chamisso's Nachtwächterlied: Bewahrt das Feuer und das Licht, damit dem Staat kein Leid geschieht. — Lobt die Jesuiten! (Große Beifall.) Die Deutschnationalen sollten endlich erkennen, daß sie mit ihrer Unterstützung der Stresemann-Politik einen falschen Weg eingeschlagen sind.

Abg. Urbahn (Linker Komm.) erklärt, er sei in der Beurteilung der Bürgerbroschüre mit dem Abg. v. Graefe vollkommen einig. Die Ministerrede habe der Bilanzverschleierung einer bankrotten Firma glichen.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann

Sprach über die Ausführungen des Abg. v. Freytag-Loringhoven, der der 10. Fortsetzung der Rede gedenke, an die Regierung die Frage zu richten, ob es den Feinden Deutschlands möglich gemacht werden solle, die deutsche Außenpolitik als zweideutig zu bezeichnen. Der Minister erklärt, er könne nicht mit Herrn von Lindener die Ausführungen des Abg. v. Freytag als eine wertvolle Ergänzung seiner Rede betrachten. Die Deutschnationalen hätten die Locarnopolitik nicht etwas terminiert anerkannt. Ihr Vertreter Dr. Doeberich habe in Gent durchaus loyal mitgearbeitet. Der grundlegende Unterschied zwischen seiner und des Ministers Auffassung und den Ausführungen des Abg. v. Freytag liege darin, daß dieser sich persönlich gegen die Fortsetzung der deutsch-französischen Verständigungspolitik gewandt habe. Der Sinn meiner Ausführungen, so erklärte der Minister, war im Gegenteil, daß wir schneller zum Ziele kommen müssen und daß wir dieses Ziel schneller erreichen, wenn man in Frankreich einseht, daß die scholastischen Seminare befeitigt werden müssen, die für Deutschland in dem Fortbestehen der Rheinlandsbesetzung liegen. Der Abg. v. Freytag habe einmal gefordert, daß wir zusammenarbeiten sollten mit den Mächten, die mit uns in der Rechtsfrage auf demselben Boden stehen. Der Minister fragt,

wann das bisher nicht geschehen sei. Die ganze deutsche Außenpolitik seit dem Kriege sei der Versuch gewesen, den Rechtsgedanken zum Träger der Politik gegenüber dem Gedanken der Gewalt zu machen. (Lebhafte Zustimmung links und in der Mitte.) Andererseits habe Herr v. Freytag die Zusammenarbeit mit den Nichtarabmächten des Völkerbundes vorgeschlagen. Der Minister weist darauf hin, daß Deutschland als einzige der sogenannten Großmächte die Haager Schiedsgerichtsklausel unterzeichnet habe und sich dabei in Gesellschaft derjenigen Mächte befinde, die der Abg. v. Freytag als Nichtgroßmächte bezeichnet. Deutschland habe damit den übrigen Großmächten den Anlaß gegeben, ihm in dieser Frage zu folgen. Der Minister betont, daß unsere Politik bisher bestrebt war auf dem Standpunkt gegenseitiger friedlicher Verständigung. Sie werde und müsse diese Basis behalten. Er verweist dann auf die verschiedenen deutschen Forderungen, die seit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund bereits erfüllt worden seien, wie das Verschwinden der Militärkontrollen, die Aufhebung der Beschränkungen im Luftverkehr usw. Alles das seien zwar nur kleine Fortschritte, aber der Fortschritt gebe schrittweise. Der Sinn von Locarno über das Vertragswerk hinaus sei gewesen, die Möglichkeit eines Zusammenarbeitens der Nationen zu geben. Ein Vertrag, der das Rheinland sichere, sei etwas, was Deutschland mit einem Flusseisen versehen solle. Es gebe kein Volk, das so wenig Interesse an einer kriegerischen Auseinandersetzung habe, wie das deutsche. (Sehr richtig!) Das deutsche Volk müsse diese Politik schon aus Gründen der Selbsthaltung treiben. Das sei der Sinn der Locarnoverträge gewesen. Damit aber seien sie nicht vollkommen ausgefüllt worden, was er bedauerte. Es sollte die Bahn frei gemacht werden für ein Zusammenarbeiten aller beteiligten Nationen. Nicht das Ende, sondern der Anfang einer Entwicklung sei da. Er wünsche, daß dieser Gedanke Gemeingut des ganzen deutschen Volkes werde und er halte sich deswegen für berechtigt, an die französische Adresse die Mahnung zu richten: Nun tut auch das Eure, damit diese Idee Gemeingut des ganzen deutschen Volkes werden kann! Die Argumente, die als Echo aus Paris kämen, widersprächen sich und heben sich gegeneinander auf. Wie sei es z. B. möglich, daß ein französischer Senator behauptete, der Versailler Vertrag habe uns das modernste Meer gegeben? Wollte man uns für den Versailler Vertrag verantwortlich machen, so böhe das doch wirklich die Weltgeschichte auf den Kopf stellen. Wenn das richtig wäre, dann müßten wir nur empfehlen, daß sich alle Mächte der Welt dieselbe moderne Heereswaffe zulegen müßten. Was Deutschland geleistet habe, um Ruhe und Sicherheit zu schaffen, habe es unter Anspannung der letzten Kräfte dessen, was es herzugeben habe, geschaffen. Wir wünschen nicht, daß ein eiserner Vorhang zwischen Frankreich und Deutschland bestehen bleibt. Die jetzige Politik sei die arabidische Fortsetzung der bisherigen deutschen Außenpolitik. Sie sei die Politik aller verantwortlichen Regierungsstellen und darüber hinaus auch der Kreise der Opposition. Der Abg. v. Lindener habe sich in den großen entscheidenden Fragen durchaus auf den Boden der Richtlinien gestellt. Derjenige irrt sich, der bestreitet wolle, daß der Gedanke der Verständigungspolitik in Deutschland in den letzten Jahren ganz enorme Fortschritte gemacht habe. Dieses wachsende Verständnis sollte man nicht mit parlamentarischen Einseitigkeiten in Zweifel ziehen.

Die Debatte wird dann vom Abg. Dr. Freilich (Soz.) fortgesetzt, der besonders in seinen Ausführungen die Darlegungen des Abg. von Rheinboden über die Resolution der internationalen sozialistischen Konferenz in Luxemburg zurückweist. Nach ihm ist auch Dr. Wirth (Str.) der Meinung, daß der gestrige Zwischenfall wieder beweise, welche falsche Spiel die Deutschnationalen spielen. Wenn der Minister für die Regierung spricht, dann muß er auch für die Parteien sprechen können, die hinter der Regierung stehen. Wenn er das nicht kann, so ist er in seinem Friedenswerk nicht nur kompromittiert, sondern auch sabotiert. Die Politik des Außenministers wird getragen von der großen Mehrheit des deutschen Volkes. Schließlich weist der Redner auf die Notwendigkeit hin, schleunigt mit der jetzt nur noch formell bestehenden Regierungskoalition Schluss zu machen.

Nach Abg. Dr. Schnee (D. Vo.), der die enalische Politik in den ehemals deutschen Kolonien in Afrika kritisierte und der

Antwort des Außenministers, daß die deutsche Regierung sich gegen eine Verlegung der Mandatsgrundzüge wenden werde, schließt die Aussprache. Von den Kommunisten ist ein Mißtrauensantrag gegen den Außenminister eingebracht worden, der gegen die Antragsteller und die Völlischen abgelehnt wird. Der Etat wird nach den Beschlüssen des Ausschusses mit den Ausschussentscheidungen angenommen. Angenommen wird ferner der Gesetzentwurf über die Anrufung des händigen internationalen Gerichtshofes in Haag in erster und zweiter Beratung. Das Haus vertagt sich dann auf Donnerstag 12 Uhr.

Württembergischer Landtag

Der Innenetat im Landtag

Stuttgart, 1. Febr. Im Landtag wurde die Debatte über die Polizeiverwaltung zu Ende geführt. Der Abg. Noos (SP.) sprach sich gegen jeden Abbau der Polizeiverwaltung aus, da sonst alle Klagen über die Entlohnung unseres Heeres an innerer Berechtigung verlieren würden. Wichtig sei, den Polizeibeamten eine gute Charakterbildung und eine ausgezeichnete Körperbildung zu geben. Selbstverständlich müßten die Polizeibeamten dem gegenwärtigen Staat gegenüber ihre Pflicht erfüllen, aber eine republikanische Patentgenussung könne man von ihnen nicht verlangen. Den gestrigen 10. Angriffen liege die Abneigung gegen das alte Offizierskorps zugrunde. Die Aufrechterhaltung einer gesellschaftlichen Stellung habe mit Kosteneinst nichts zu tun. Der Redner wandte sich dagegen, daß auf den Landstraßen viele Automobile nicht abblenden. Abg. Schneid (Komm.) begründete verschiedene Anträge. Abg. Winter (Soz.) beantragte, daß die Hälfte der Offiziere bei der württ. Bereitschaftspolizei den Polizeiwachmeistern mit Volksschulbildung entnommen werde. Innenminister Holz betonte, Württemberg sei eine Polizeistärke von 4000 Mann aufgewandten. Davon rebe ab die Verwaltung, der Einzeldienst und die Kriminalpolizei, der Rest sei dann die Bereitschaftspolizei. In der Polizei werde niemand als Offiziersanwärter eingestellt, vielmehr lebermann unterschiedlos als Wachmeister und aus diesen Wachmeistern werde der Offizierserfah herausgezogen. Der Bedarf an Offizieren betrage jährlich nur zwei. Selbst Abstarben hätten keine Gewähr, daß sie Polizeioffiziere werden. Der Minister erklärte weiter, er könne nicht glauben, daß sich bewährte Polizeibeamte so flexibel und unqualifizierbar bekommen, wie dies der Abg. Schneid vorgetragen habe. Abg. Pflüger (Soz.) verlangte eine genaue Untersuchung der Klagen des Abg. Schneid. Bei der Abstimmung wurden die 10. und 11. Anträge abgelehnt.

Bei Kap. 19 (Landjägerkorps) erklärte Minister Holz auf Ausführungen des Abg. Kinkel (Soz.), die Landjäger bekämen gewisse Entschädigungen für ihre Dienstfahrten. Ob sie Fohrräder oder Motorräder besitzen, sei gleichgültig. Eigentlich sollten sie ihre Streifen zu Fuß machen, denn es hätte keinen Wert, wenn die Landjäger auf Motorrädern durch die Gegend sausen. — Bei Kap. 22 (Staats- und Privatrentenanstalten) wurden Eingaben des Pflügerpersonals, die sich auf die Fragen der Arbeitszeit, Nachtwache, Ausbildung, Beiratserlaubnis und Altersversorgung beziehen, auf 10. Antrag an den Finanzausschuss zurückverwiesen. — Beim Kap. 23 (Gesundheitswesen) beantragte der Abg. Hermann (Soz.) die Errichtung von Schulambulanzkassen. Die Abg. Frau Mand (Dem.) beantragte eine Disfaktion für die alten kriegsbedingten Hebrinnen. Dr. Höfcher (SP.) bewies, ob man mit dem Geleit zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten auf dem rechten Weg sei. Die Zustände in den Stuttgarter Straßen seien höchst unerfreulich. Abg. Frau Witt (Str.) trat für die alten Hebrinnen ein. Abg. Fr. Eberhard (Dem.) beantragte die Errichtung von Ausbildungsstellen zum Reichsgesetz für die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Der Abg. Schneid (Komm.) erklärte, die Geschlechtskrankheiten könnten nur durch Befreiung der sozialen Not beseitigt werden. Minister Holz betonte, daß Ausführungsbestimmungen schon erlassen, daß aber noch Dienstangelegenheiten notwendig seien, für die man erst Erhebungen sammeln wolle. Der Minister betonte im übrigen die Erfolge bei Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und erklärte sich bereit, die Frage des Schaffung weiblicher Polizei zu prüfen. Donnerstag Weiterberatung.

Die Wenderoths

Original-Roman von Marie Harling

(Schluß.) (Nachdruck verboten.)

Frau Erika Wenderoth ist in dem schmucken Erbgebäude der Wenderoths beigelegt worden. Noch einmal sind ihre Angehörigen auf Aßen gewesen. Wehlagend und jammernd um die geliebte Tote, wie sie sich ausdrückten, horten sie so recht ein bezeichnendes Bild ihrer verfallenen Art. Gerd hat sich abgewandt und hat ihnen kurz mitgeteilt, daß von jetzt ab jede Beziehung zwischen ihm und ihnen abgebrochen sei. Da reiste denn die ganze Gesellschaft am Tage nach der Beerdigung wunschraubend wieder ab. Ganz Aßen atmete befreit auf, als der Wagen, der sie zur Bahn brachte, zum Tor hinausrollte.

Gerd hat sich in das Stierbezimmer begeben. Mit der Hand die Wandvertäferung abtastend, entdeckt er endlich die geheime Feder. Ein tiefer mit Flaschen gefüllter Raum tut sich vor ihm auf. Auch ein Schränkchen entnimmt er dem Schrank. Es ist ein zweites Testament seines Bruders, um das Erika gewußt. Es hatte in der Absicht seines Bruders gelegen, dieses Testament seinem Kitar zu übergeben und das andere zurückzuführen. Sein plötzlicher Tod hatte ihn daran gehindert. Nun weiß auch Gerd, was Adolf ihm kurz vor seinem Tode noch hatte sagen wollen, und er Tor hatte geglaubt, er wolle ihm die Verbindung mit Erika noch besonders ans Herz legen.

Einige Aufzeichnungen seines Bruders ließen erkennen, wie unglücklich sich jener gefühlt und wie auch ihn die unheilige Leidenschaft gepackt hatte, die Erika frühzeitigen Tod herbeigeführt.

Ganz still ist es auf Aßen geworden, Gerd hat eine weite Reife angetreten.

„Wann ich zurückkomme, Mutter“, hatte er gesagt, „das weiß ich nicht, ich muß erst mein inneres Gleichgewicht wieder gefunden haben. Annemarie wird bei dir bleiben, so wirst du mich nicht so sehr vermiffen.“

Lange haben die beiden Frauen ihm nachgeschaut, als er gegangen ist, dann sind sie eng umschlungen in Frau Wenderoths Wohnzimmer gegangen.

Im Frühling kommt Gerd heim; sein Bild ist wieder klar und hell und sein Gang fest und aufrecht wie einst.

Annemarie ist jetzt häufig Gast im Forsthaus, in dem Lieselotte und Hans als glückliches junges Paar wohnen.

Im Winter, als die Schneeflocken wirbeln und die Erde unter dem Banne des Frostes liegt, kommt auch der Storch ins stille Forsthaus gestiegen; er legt dem überglücklichen Vater einen kräftigen Stammhalter in die Arme. Lieselotte aber ist sehr schwach, sie kann sich nur schlecht erholen; da fesselt dann Annemarie ganz ins Forsthaus über.

Frau Wenderoth hat sie ungern gehen lassen, aber den Bitten des Oberförstlers kann sie nicht entgegen sein, zumal Annemarie selbst gerne zu gehen scheint. Sie ist so still und blaß geworden in der letzten Zeit; so oft hat Frau Wenderoth gesehen, wie Annemaries Bild in schmerzlich banger Frage auf Gerd geruht. Gerd aber scheint nur für sein Gut und für seine Arbeit Augen und Ohren zu haben; er sieht weder Annemaries traurige Augen noch den vorwurfsvollen Blick der Mutter.

So ist Annemarie denn fortgegangen, um Lieselotte zu pflegen und sich im Forsthaus eine neue Heimat zu gründen, wie sie sich selber sagt.

Stumm sitzen Frau Wenderoth und Gerd sich des Abends am Kaminfenster gegenüber; Annemaries Platz ist leer.

Gerd blickt mit gekrauter Stirn ins Feuer. Frau Wenderoth bricht endlich das Schweigen, sie muß ihrem gepreßten Herzen Luft machen.

„Gerd, ich verstehe dich nicht! Warum hast du Annemarie ziehen lassen? Ruh es denn immer einsamer werden hier um uns beide?“

„Ich konnte sie doch nicht halten, Mutter!“ erwidert er gereizt. „Daß sie gegangen ist, beweist dir doch, wie wenig sie sich aus uns macht.“

„Gerd, hast du denn keine Augen gehabt all die Zeit her? Mußt du denn Annemarie nicht an dir irte werden, da du gar nicht sprachst?“

Gerd steht auf; seine Gestalt strafft sich zu voller Höhe. „Rein, Mutter, das durste sie nicht, wenn sie mich wirklich lieb hatte. Kennst ihr mich denn so wenig, daß ihr nicht gewußt, daß ich erst wieder ganz gefunden muß, ehe ich ein Kind wie Annemarie an mich fesseln kann? Was wißt ihr von den Kämpfen, die ich durchgelämpft habe.“

Er geht hinaus, Frau Wenderoth blickt ihm bestürzt nach. Solche Leidenschaft hat sie von ihrem Sohn nicht erwartet. Eines aber weiß sie jetzt gewiß: Gerd und Annemarie werden glücklich werden, wenn es auch noch etwas dauern sollte.

Frau Wenderoth hat sich nicht getäuscht. Als der Flieder blüht, da geht Gerd zum Forsthaus. Auf rechten Ganges, mit hellem, klarem Blick geht er durch den grünen Wald, leuchtenden Auges betrachtet er das schmucke, ephenumranke Forsthaus. Durch den sauber gepflegten Garten geht er, in dem auf langen, schmalen Beeten Tulpen und Narzissen blühen; in die duftende Jasminlaube tritt er ein, in der Annemarie klopfenden Herzens dem festen und doch elastischen Schritt gefolgt, der auf dem weißen Kieswege ertönt. Ueber und über erglühend steht Annemarie jetzt vor Gerd, Freude und Erregung lassen ihre Augen feucht glänzen.

Fest umfaßt Gerd die schlaffe, satternde Gestalt; er biegt ihren Kopf zurück und schaut ihr forschend ins Gesicht. „Annemarie, Liebbling, hast du wirklich an mir geweißt? Kannst du mich denn so wenig, daß du nicht wußtest, ehe ich eine neue Zukunft errichten konnte?“

„Verzeihe mir meine Kleinmützigkeit, Gerd; aber mir war oft so bange, ich dachte, dir, dem großen herrlichen Mann könne so ein kleines und einfältiges Ding nicht genügen.“ „Du törichtes Mädchen! Gerade um deiner einfachen Natürlichkeit willen habe ich dich so lieb! Solch ein taufsches Reis paßt zum alten Stamm der Wenderoths!“

Eng aneinander geschmiegt gehen zwei glückliche Menschenkinder hinüber zu malten Stammhause der Wenderoths, ein liebendes Mutterherz aber heißt die junge Braut herzlich willkommen.

— Ende —



Letzte Nachrichten.

Der Schritt der Kleinen Entente in Genf

Genf, 1. Februar. In der Angelegenheit der in Szent-Gothard angehaltenen Waffentransporte hat der ständige Vertreter der südslavischen Regierung beim Völkerbund, Jotitsch, heute nachmittag dem Generalsekretär des Völkerbundes eine Note überreicht, mit der er auf Weisung seiner Regierung und unter Hinweis auf die Beschlüsse des Völkerbundes vom 11. Dezember 1926 und vom 27. September 1924 über die Anwendung des Untersuchungsrechtes ein Memorandum über den Zwischenfall von Szent-Gothard übermittelt und den Generalsekretär bittet, diese Angelegenheit auf die Tagesordnung der nächsten Session des Völkerbundes zu setzen. Die Noten der tschechoslowakischen bzw. der ungarischen Regierung, die ebenfalls heute nachmittag überreicht wurde, weisen nach einer Information der Schweizerischen Dep.-Ag. nur einige Modifikationen in der Form auf. Aus dem südslavischen Dokument gehe hervor, daß die Regierungen der Kleinen Entente formell die Anwendung des Untersuchungsrechtes verlangen. Falls der Rat in seiner Märztagung sich mehrheitlich in diesem Sinne entscheiden sollte, so wäre es das erste Mal, daß das Untersuchungsrecht ausgeübt würde.

Die südslavische Note wegen Szent-Gothard
Genf, 1. Februar. In der heute nachmittag vom ständigen Vertreter Südslaviens dem Generalsekretär des Völ-

kerbundes überreichten Note heißt es u. a.: „Die südslavische Regierung erachtet es im allgemeinen Interesse liegend, daß über diesen Zwischenfall volle Klarheit geschaffen wird, da er geeignet ist, das öffentliche Vertrauen in den tatsächlichen Wert der internationalen Verträge ernstlich zu erschüttern. Sie erachtet es als ihre Pflicht, die Aufmerksamkeit des Völkerbundes auf die Folgen zu lenken, welche daraus entstehen könnten. Deshalb appelliert sie an die Rechte und Pflichten des Rates, unter den gegebenen Umständen zu intervenieren, um ernstliche Ereignisse zu verhindern, und sie ersucht ihn, die aus seinen Rechten und Pflichten entspringenden Maßnahmen zu ergreifen.“

Vergleichsverfahren

Kaufmann Vinzenz Weng, Inhaber der Firma Vinzenz Weng, Zigarrenfabrik in Ehingen a. D.
Fritz Mahler, Konditoreiwarenfabrikant in Nürtingen.

Konturje

Stores- und Wäsche-Manufaktur G. m. b. H. Stuttgart.
Karl Schüssle, gem. Warengeschäft Freiburg.
Lina Kollinger, Zigarrenhaus Leonberg.
Jakob Erbele, Eisenhändler, Urach.
Laver Gruber, Söldner, Weilermerlingen.

Natürliches Wetter für Freitag

Bei zunehmender Trübung und Nebelbildung ist für Freitag unbeständiges regnerisches Wetter, nur in hohen Lagen mit Schneefällen, zu erwarten.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Baus, Druck und Verlag der B. Rieter'schen Buchdruckerei, Altensteig



1/2 Pfd.
50 Pfg.

Rama

MARGARINE
butterfein

erspart Dir mehr,
als was sie kostet.

Einige Galvaniseur- und Silber-Arbeiter-Lehrlinge

werden angenommen.

Otto Kaltenbach, Besteckfabrik
Hohenbergstraße.

Zimmerfeld

Achtung! Achtung!



Mebelsuppe

verbunden mit großer, humorvoller

Fabnachts-Tanzunterhaltung

Italienische Nacht

am Sonntag, den 5. Februar 1928, Kostüme und Masken erwünscht. Originelle Mähen sind im Tanzsaal vorrätig. Humor und Stimmung wird die Lösung sein. Bozu Alt und Jung herzlich eingeladen wird.

S. Stoll zum „Anker“.

Rheuma, Ischias, Hexenschuß

Gliederreißen, Neuralgie (Nervenschmerzen) Nicht fern teile ich kostenlos mit, durch welches einfache Mittel mir und zahlreichen Patienten in kurzer Zeit geholfen wurde. Ueber 2500 Dankbriefe!

Krankenschwester Margret Heber,
Frankfurt-Niederrad A 110

Ein Kontor-Lehrmädchen

kann sofort eintreten

Otto Kaltenbach, Besteckfabrik
Hohenbergstraße

Käse! Achtung! Käse!

Prima La Stangenkäse, Pfund 55 J.
Frühstückskäse, 25 %, 120 u. 80 Gramm, Stück 18 u. 12 J.
Sortierte Packung Colli franto A 7.— Bei 30/00/80-Pfund-Risten franco, an Unbekannte per Nachnahme.

Ludwig Zenger, Käsefabrikation
Heinzelten, Amt Rehlitz (Baden).

Inserate

für die Sonntagsummer
bitten wir frühzeitig anzugeben.

Zumweller, den 1. Februar 1928.

TODES-ANZEIGE.



Schmerz erfüllt teilen wir Verwandten, Freunden und Bekannten mit, daß es Gott dem Allmächtigen gefallen hat, meine liebe, treubesorgte Gattin, unsere liebe, gute Mutter, Groß- und Schwiegermutter, Schwester, Schwägerin und Cante

Anna Maria Kalmbach geb. Theurer

nach kurzer, schwerer Krankheit im Alter von 68 1/2 Jahren zu sich in die ewige Heimat abzurufen.

Um stille Teilnahme bittet:

der Gatte Friedrich Kalmbach, der Sohn Georg Kalmbach mit Frau Emma geb. Pfeille, die Tochter A. Maria Waldell mit Gatten Friedrich Waldell.

Beerdigung Freitag nachmittags 2 Uhr.

Billige Wurstwaren!

Dauerwurst Pfd. 95 J
Preßkopf Pfd. 1.—
Serrvalat St. 10 J. Landjäger St. 11 J. aus Schweine-Rind- und Pferdefleisch. Extra Ia. Schweizerkäse, Lagerware 1925/26, das Beste was auf dem Markt ist, Pfd. 1.80
G. Hilpert Wime Erben, Dankschiffen in Baden Post Rheinheim.

Gute Erlösnz durch Uebernahme einer Marken-Margarine-Vertretung

Von allererster Firma wird für den Schwarzwald mit den Städten Neuenbürg, Wildbad, Calw, Nagold, Altensteig bei der Kundschaft gut eingeführter Vertreter, welcher Reise-Auto zur Verfügung hat, gesucht. Lager muß gehalten werden.

Offerten unter S. N. 4242 an die Exped. ds. Blattes.

Egenhausen.

Morgen Freitag besuche ich den Egenhäuser Viehmarkt mit einem Transport

schöne, trachtige Kalbinnen

Friedrich Rahn.

Altensteig

Schönen Blumentobl
Blaukraut
Schwarzwurzel
Tafeläpfel
empfeht billigt
Heinrich Walz
Telefon 116.

Altensteig

Heute Donnerstag treffen ein:



Schellfisch, klein
1 Pfd. 60 Pfg.
Schellfisch, groß
1 Pfd. 65 Pfg.
Fischfilet
1 Pfd. 75 Pfg.
Fst. Bücklinge
1 Pfd. 50 Pfg. bei

Federnreinigung
Mittwoch

Anmeldung der Anzahl der Bettstücke oder Gewichtsmengen zwecks Zeiteinteilung erbeten. Bettstücke, die wieder Verwendung finden sollen, sind mindestens 40 cm weit aufgetrennt zu bringen.

Reinhold Jager, Altensteig

Eine fehlerfreie



Rug-n. Schaff-Ruh

samt Kalb (Allgauer) verkauft am Samstag den 4. Februar

Sohs, Stichel, Walldorf.

Alle Schulbedarfsartikel

wie

Schulhefte	Schultinte
Schulbücher	Zeichenwaren
Schulafeln	Schreibwaren
Tafelschwämme	Gefangbücher

sind zu haben in der

B. Rieter'schen Buchhandlg., Altensteig

